

Protokoll über die Sitzung Nr. 4/2025 des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 19. Mai 2025, um 14:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block

Beigeordneter Volker Block

Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Beigeordneter Martin Burkhart

Beigeordneter Andreas Tönjes

Stellv. Ausschussmitglied Michael von den Berg

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Ausschussmitglied Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Stefan Becker *(bis 15:32 Uhr)*

Beigeordneter Markus Bulla

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Es fehlten entschuldigt

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

Ausschussmitglied Helga Weinstock

als Gäste

Ratsmitglied Manuel Baruschke *(ab 14:50 Uhr)*

Ratsmitglied Olaf Fischer *(ab 15:32 Uhr als Vertreter für Herrn Becker)*

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 27.05.2024, 13.01.2025, 17.02.2025 und 24.03.2025
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2026 für kostenrechnende Einrichtungen **167/2025**
 - 4.2 Änderung der Entgeltordnung für das Stadttheater **97/2025**
 - 4.3 Neufassung der Archivordnung und der Gebührenordnung für das Stadtarchiv Wilhelmshaven **71/2025**
 - 4.4 Neufassung der Benutzungsordnung und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven **179/2025**
 - 4.5 Austritt des LK Wesermarsch aus der Gesundheitsregion **94/2025**
 - 4.6 Grenzstraße 24 - Jadezentrum - Beendigung Mietverhältnis **95/2025**
 - 4.7 Ankauf Bismarckstraße 213 - zur Nutzung für die Grundschule Stadtmitte **96/2025**
 - 4.8 Verkauf - Antonslust 15 - Hofstelle Fegefeuer **131/2025**
 - 4.9 Pastorenweg 2 - Reduzierung des Erbbauzinses im Erbbaurechtsvertrag für die KiTa Fedderwarden **132/2025**
 - 4.10 Entschädigungszahlungen für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für den Transport gasförmiger Energieträger **137/2025**
 - 4.11 Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT" auf Aufnahme eines Tagesordnungspunktes "Institutionelle Förderung für den Verein der Arbeitslosen Wilhelmshaven / Friesland e.V. (ALI)" **506/2025**
 - 4.12 Antrag AfD-Fraktion: Errichtung neuer Toiletten in der Friedhofsverwaltung Friedenstraße **513/2025**
 - 4.13 Antrag AfD-Fraktion: Errichtung eines witterungsfesten Durchgangs zwischen der Friedhofsverwaltung und dem Pavillon **514/2025**
 - 4.14 Antrag der CDU- Fraktion: Gesamtkonzept Sanierung der Gebäude und Außenanlage Friedhofsverwaltung Friedenstr. **518/2025**
 - 4.15 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **110/2025**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
 - 5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **135/2025**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen

1 Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte gesondert Herrn Walkenhorst und bedankte sich bei diesem, da dies seine letzte Sitzung vor seinem Ruhestand sei.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde unverändert einstimmig festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 27.05.2024, 13.01.2025, 17.02.2025 und 24.03.2025

Herr Brandt erinnerte daran, dass das Protokoll über die Sitzung vom 16.12.2024 noch fehlt.

Herr Tönjes fragte wie die Verwaltung zukünftig die Frist bezüglich der Protokollerstellung aus der Geschäftsordnung des Rates einhalten möchte.

Herr Bruns erklärte, dass die personelle Problemlage in der Abteilung des Fachbereiches Finanzen beseitigt worden sei und daher jetzt nachgearbeitet werden könne.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen am 27.05.2024 wurde mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich genehmigt.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt am 13.01.2025 wurde mit 9 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt am 17.02.2025 wurde mit 9 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt am 24.03.2025 wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2026 für kostenrechnende Einrichtungen **167/2025**

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2026 auf 1,91 % (bisher 2,01 %) fest.

4.2 Änderung der Entgeltordnung für das Stadttheater

97/2025

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Änderung der Entgeltordnung des Stadttheaters ab der Spielzeit 2025/2026 wird stattgegeben.

4.3 Neufassung der Archivordnung und der Gebührenordnung für das Stadtarchiv Wilhelmshaven

71/2025

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt die Neufassung der „Satzung über die Aufgaben und die Benutzung des Stadtarchivs Wilhelmshaven (Archivordnung)“ und der „Gebührensatzung für das Stadtarchiv Wilhelmshaven“.

4.4 Neufassung der Benutzungsordnung und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven

179/2025

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Neufassung der Benutzungsordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven, zuletzt geändert am 01.01.2009 und die Neufassung der Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven, zuletzt geändert am 01.01.2014.

4.5 Austritt des LK Wesermarsch aus der Gesundheitsregion

94/2025

Herr Tönjes bat um Ausführung, welche Tätigkeiten die Gesundheitsregion wahrnimmt und **Herr Dr. Schulte** fragte, ob die finanzielle Förderung trotz des Austrittes weiterhin erfolgen werde.

Herr Schönfelder erläuterte, dass die Verwaltungsstelle bisher beim Landkreis Wesermarsch angesiedelt, jedoch aktuell nicht besetzt sei. Es gebe zu den Tätigkeiten einen jährlichen Bericht. Die Finanzierung wird um 1/3 gekürzt, die aktuellen Förderung müsse aufgrund der unbesetzten Stelle zurückgezahlt werden.

Herr Tönjes forderte bis zur Ratssitzung weitere Informationen und kündigte an, dass sich seine Gruppe erst einmal enthalten werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Block** teilte **Herr Schönfelder** mit, dass der Landkreis Friesland bereits positiv entschieden habe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Landkreis Wesermarsch wird im Einvernehmen mit dem Landkreis Friesland wunschgemäß rückwirkend zum 1.1.2025 aus der Gesundheitsregion Jade-Weser entlassen. Die Gesundheitsregion wird mit dem Landkreis Friesland bis zum Ende des Jahres 2025 fortgeführt und soll auch darüber hinaus erhalten werden.

4.6 Grenzstraße 24 - Jadezentrum - Beendigung Mietverhältnis

95/2025

Herr Heinemann informierte, dass die Vorlage im BGGs vertagt worden sei.

Herr Schön gab bekannt, dass die SPD-Fraktion die Beschlussvorlage ablehnen werde. Er führte aus, dass sie gegen den Verkauf der Stadthalle und auch gegen die Beendigung des Mietvertrages sei. Er kündigte an, zusammen mit der Gruppe Gemeinsam BUNT einen Grundsatzbeschluss für den Erhalt und die Sanierung der Stadthalle einzubringen.

Herr Marušić hob die Wirtschaftlichkeit der Vorlage hervor. Er betonte, dass selbst bei einer Weiternutzung der Stadthalle eine komplette Neugestaltung notwendig und damit die aktuell anfallenden Kosten nicht nachhaltig seien.

Auf von **Herrn Bulla** angesprochene Umzugsgerüchte erwiderte **Herr Marušić**, dass das Unternehmen bisher eine Vertragsverlängerung nicht ausgeschlossen habe.

Herr von den Berg merkte an, dass er keinen angedachten Grundsatzbeschluss kenne und ihm aktuell die Fantasie fehle, wie dies funktionieren solle. Er folge der Meinung der Verwaltung.

Herr Becker schloss sich dieser Aussage an.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Verlängerung des Mietverhältnisses mit McFit für den Betrieb eines Fitness-Studios in der Grenzstr. 24 wird widersprochen, sodass das Mietverhältnis zum 31.07.2026 endet.

4.7 Ankauf Bismarckstraße 213 - zur Nutzung für die Grundschule Stadtmitt **96/2025**

Herr Schön kritisierte, dass viele Infos fehlen. Im Fachausschuss sei schon das Exposé gefordert worden, der Verkehrswert liege nicht vor und auch keine Angaben zum Instandhaltungssatz. Die SPD-Fraktion vertritt die Meinung, dass ein Anbau an die Grundschule Stadtmitt sinnvoller sei, für diese Alternative fehle auch der Kostenvergleich.

Frau Bakir-Block hob hervor, dass viele Infos zum Gebäude fehlen und diese vorliegen müssten.

Herr Brandt wies darauf hin, dass nicht gesichert sei, ob in dem Gebäude kein Asbest, PCB oder PAK vorhanden ist.

Herr Marušić erklärte, dass in das Gebäude natürlich noch investiert werden müsse. Die genaue Planung erfolgt, wenn das Gebäude angekauft ist. Da das Gebäude nicht im stadteigenen Bestand ist, liegen noch nicht alle Informationen vor. Der Ankauf sei die einzige kurzfristige Möglichkeit, um die Schule zu erweitern. Das Gebäude ist nutzbar und auch von der Schule gewünscht. Es gebe weitere Interessenten für das Gebäude. Eine Alternative mit Container würde mehr Kosten verursachen.

Auch **Herr Tönjes** betonte, dass weitere Informationen angefordert wurden und ohne diese keine Entscheidung getroffen werden könne, da zu viele Unklarheiten bestehen. Die pädagogische Forderung erkenne man grundsätzlich an, aber die Verwaltung müsse nochmal als Alternative das Containerkonzept vorstellen. Bis zur Ratssitzung könne die Verwaltung nachliefern, aktuell stimme die Gruppe Gemeinsam BUNT gegen die Beschlussvorlage.

Herr Walpurgis forderte ebenfalls eine nachhaltige und vernünftige Lösung.

Herr Burkhart kritisierte ebenso die Vorlage, zum Beispiel sei das Gesamtkonzept nicht angehängt. Es sei zu kurzfristig gedacht, außerdem würde der Schülerschaft bei der Lösung mit Containern die Wege erspart bleiben. Er fragte auch, warum ein Erweiterungsbau ausgeschlossen wird.

Herr Schönfelder erinnerte an die Schulentwicklungsplanung und an die Fachausschusssitzungen. Der Ankauf sei die Möglichkeit für eine schnelle und praktikable Lösung. Fachleute haben sich intensiv damit beschäftigt und der Beschluss sei ein wichtiges Signal an die Schule und auch an die Schulleitung.

Herr Becker zeigte Verständnis für seine Vorredner und kritisierte, dass die Vorlage nicht nachgerüstet wurde. Er bedauerte, dass die Vorlage nun aufgrund schlechter Vorbereitung nicht durchgehe.

Herr Fischer, Herr Bulla und **Frau Zaage** baten um Zustimmung für die Vorlage. Es sei eine kurzfristige Lösung, die von Schule und Verwaltung abgestimmt ist. Der Rat sollte dies nun nicht blockieren.

Herr Oberbürgermeister Feist schlug dringend vor, dass der Tagesordnungspunkt in der Ratssitzung nach dem Thema Klinikum beraten wird, um auch die Teilnehmer aus Friesland nicht warten zu lassen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat stimmt dem Ankauf Bismarckstr. 213 (Gemarkung Rüstringen, Flur 6, Flurstück 43/9) mit einer Gesamtfläche von 794 m² zu einem Ankaufspreis in Höhe von 230.000,00 € (zzgl. Nebenkosten) von Raquel Werner, Am Bulsterdeich 14, 26452 Sande zu.

4.8 Verkauf - Antonslust 15 - Hofstelle Fegefeuer

131/2025

Frau Zaage stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung. Diesen begründete sie damit, dass das Konzept des Interessenten erst im September vorgestellt werde.

Herr Schön befürwortete die Vertagung und kritisierte die Beschlussvorlage. Der Bodenrichtwert sei falsch angegeben, er bat um Überarbeitung der Vorlage.

Herr Marušić stellte klar, dass der Interessent das Konzept kurzfristig vorstellen könnte, jedoch beim nächsten BGGS keine Zeit habe. Die nächste Sitzung sei dann im September. Er widersprach außerdem der Kritik von Herrn Schön.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat stimmt dem Verkauf der Hofstelle Fegefeuer, Antonslust 15 (Gemarkung Rüstringen, Flur 17, Flurstück 53/2) mit einer Gesamtfläche von 8.060 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 251.500 € an Uwe Klatt, Auf der Wiesbadenbrücke 6, 26382 Wilhelmshaven zu.

4.9 Pastorenweg 2 - Reduzierung des Erbbauzinses im Erbbaurechtsvertrag für die KiTa Fedderwarden

132/2025

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der **Bestellung eines Erbbaurechts** für die **FDS Immobilien GmbH, Weserstr. 45, 26382 Wilhelmshaven**, an dem Grundstück Pastorenweg 2 mit einer Gesamtfläche von ca. 2.280 m² zu einem **Erbbauzins in Höhe von 1,95 €/m²** (drei vom Hundert vom BRW 65,-- € / qm) und daraus resultierend einer **Gesamtsumme** in Höhe von **ca. 4.446,--€ / Jahr** mit Wertsicherungsklausel für die Dauer von 45 Jahren zu. Zweck des Erbbaurechts: Errichtung / Betreibung einer Kindertagesstätte. Das Gebäude wird nach Ende der Laufzeit entschädigungslos in das städtische Eigentum übernommen.

- 4.10 Entschädigungszahlungen für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für den Transport gasförmiger Energieträger **137/2025**

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der Entschädigungsberechnung auf Basis einer jeweils zwischen dem Betreiber und dem zuständigen Kreislandvolkverband vereinbarten Rahmenregelung für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für den Transport gasförmiger Energieträger zu. Sofern diese Konditionen auf Flächen der Stadt Wilhelmshaven angewendet werden, ist kein vorheriger Beschluss durch ein politisches Gremium notwendig, um die Zuschläge für eine gütliche Einigung nicht zu gefährden.

Über die tatsächliche Entschädigungshöhe ist der Rat zu informieren.

- 4.11 Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT" auf Aufnahme eines Tagesordnungspunktes "Institutionelle Förderung für den Verein der Arbeitslosen Wilhelmshaven / Friesland e.V. (ALI)" **506/2025**

Herr Tönjes bat um Zustimmung.

Herr Block verkündete, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstütze, jedoch in der Ratssitzung noch einen Änderungsantrag einbringen werde.

Herr Bulla erkundigte sich, welche Aufgaben die ALI übernimmt und ob diese Aufgaben der Verwaltung ersetzt oder ergänzt.

Herr Schönfelder berichtete, dass die Aufgaben ergänzend neben der Beratung des Jobcenters erfolgen. Mittlerweile habe sich zwischen Jobcenter und ALI ein konstruktiver Umgang entwickelt. Genauere Informationen über die Arbeit seien im Fachausschuss vorgestellt worden.

Herr Stoffers schlug vor eine Finanzierungsbeteiligung bei der ARGE anzufragen.

Herr Schönfelder zweifelte an, dass sich eine Bundesbehörde an einer kommunalen Institution finanziell beteiligen wird.

Herr Tönjes betonte, dass der Antrag bedeutet, dass die Verwaltung eine Beschlussvorlage erstellen soll. Der Rat habe also noch die Möglichkeit im Rahmen dessen Änderungen vorzunehmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung erstellt eine Beschlussvorlage für eine institutionelle und eine projektbezogene Förderung für den Verein der Arbeitslosen Wilhelmshaven/Friesland e.V.

Die Beschlussvorlage soll anschließend schnellstmöglich in die Ausschüsse

- Soziales, Gesundheit und Integration
- Finanzen, Beteiligungen und Haushalt

zur weiteren Beratung eingebracht werden.

Folgende Punkte sollten berücksichtigt werden:

1. Eine institutionelle Förderung sollte durch einen jährlichen Sockelbetrag sichergestellt werden, um die grundlegende Arbeit und die Aufrechterhaltung der Angebote des Vereins zu gewährleisten.
2. Zusätzlich sollte dem Verein die Möglichkeit eingeräumt werden, projektbezogene Zuschüsse zu beantragen, um besondere Projekte oder Aktivitäten zu finanzieren, die nicht durch die Grundförderung abgedeckt sind.
3. Eine weitergehende Förderung sollte geprüft werden, sofern der Verein zusätzliche Mittel von Land oder Bund erhält oder Aufgaben der städtischen Verwaltung übernimmt.
4. Um eine transparente und bedarfsgerechte Förderung sicherzustellen, sollte die Verwaltung gemeinsam mit dem Verein ein Verfahren zur Anpassung der städtischen Förderung bei Zugang anderer öffentlicher Mittel entwickeln. Dies sollte in einem jährlichen Bericht dokumentiert werden.
5. Zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein der Arbeitslosen Wilhelmshaven / Friesland e.V. sollte – analog zur Vereinbarung mit dem Verein für kommunale Prävention – ein entsprechender Vertrag über die Förderung und Zusammenarbeit geschlossen werden.

6. Die Bereitstellung der notwendigen Mittel sollte im Rahmen eines Nachtragshaushalts erfolgen, um eine zeitnahe Umsetzung sicherzustellen.
7. Die Verwaltung sollte dem Rat einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung der Fördermittel vorlegen, um die finanzielle Belastung des Haushalts zu minimieren.

4.12 Antrag AfD-Fraktion: Errichtung neuer Toiletten in der Friedhofsverwaltung Friedenstraße **513/2025**

Herr Becker berichtete, dass der Antrag im BTBW vertagt worden sei, da dort ebenfalls kein Mitglied der AfD-Fraktion anwesend gewesen sei. **Herr Becker** ist stellvertretender Vorsitzende im BTBW und stellte daher aus Gründen der Fairness hier ebenfalls einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung.

Herr Stoffers schlug eine Nichtbefassung anstatt einer Vertagung vor, da der Antrag der CDU-Fraktion (Tagesordnungspunkt 4.14) allumfassend sei und daher eine Beratung dieses und des nächsten Antrages der AfD-Fraktion nicht notwendig sei.

Herr Block schloss sich der Meinung von Herrn Stoffers an.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit einer Ja-Stimme und 13 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss beantragte **Herr Stoffers** die Nichtbefassung.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig genehmigt.

Beschluss: -Nichtbefassung-

4.13 Antrag AfD-Fraktion: Errichtung eines witterungsfesten Durchgangs zwischen der Friedhofsverwaltung und dem Pavillon **514/2025**

Herr Stoffers stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beschluss: -Nichtbefassung-

4.14 Antrag der CDU- Fraktion: Gesamtkonzept Sanierung der Gebäude und Außenanlage Friedhofsverwaltung Friedenstr. **518/2025**

Auf Nachfrage von **Herrn Bulla** erläuterte **Herr Marušić**, dass es für die Kapelle bereits ein Konzept und Umsetzungsbeschluss gebe, auch die erforderlichen Mittel seien im Wirtschaftsplan eingestellt. Hier gehe es um das Gebäude der Verwaltung.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung legt dem Rat ein Gesamtkonzept für die Sanierung der Gebäude und der Außenanlage der Friedhofsverwaltung in der Friedensstraße vor der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der TBW 2026 vor.

4.15 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **110/2025**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Heinemann** vorgelesen. Er bedankte sich für die Spenden.

Herr Burkhardt hinterfragte aus welchen Mitteln die Spende des NGW stamme.

Herr Schönfelder sagte eine Antwort bis zur Ratssitzung zu.

Es folgte eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Spenden.

Die Spende Nr. 1 wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Spende Nr. 2 wurde ebenfalls mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Spende Nr. 3 wurde mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Frau Marxfeld-Paluszak Bismarckstr. 114 26382 Wilhelmshaven	3.450,00 €	Sachspende in Form von 3 gerahmten Bildern und 1 Mappe mit 26 Skizzen

2. Förderverein NGW e. V. Mühlenweg 63/65 26384 Wilhelmshaven	3.000,00 €	Geldspende zur Förderung pädagogischer Projekte/Schulhofgest altung
3. Neues Gymnasium Wilhelmshaven Mühlenweg 65/65 26384 Wilhelmshaven	5.000,00 €	Geldspende zur Förderung pädagogischer Projekte/Schulhofgest altung

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **135/2025**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spenden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Landfrauenverein Kniphausen e.V. Frau Doris Götz Roffhauser Landstraße 41 26389 Wilhelmshaven	202,98 €	Sachspende des Landfrauenvereins Kniphausen e. V. für die Arbeit der Streetworker
2. Herr Jörg Sieberns Neuender Reihe 29 26389 Wilhelmshaven	300,00 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen

Klinikfusion

Herr Heinemann erkundigte sich wie der Fachbereich Finanzen das Thema Klinikfusion begleiten wird.

Herr Bruns antwortete, dass in der Ratssitzung zunächst nur die Vorstellung des Gutachtens erfolgt. Gegebenenfalls müssten danach Beschlüsse gefasst werden, welche natürlich im Ausschuss beraten werden und vom Fachbereich Finanzen begleitet werden.

Veteranentag

Herr Oberbürgermeister Feist informierte darüber, dass am 15.06.2025 der Veteranentag ist. Dazu werde es um 15 Uhr eine Veranstaltung im Ratssaal geben, zu dieser lud er herzlich ein.

6.1 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen

Herr Hülsemann stellte in einem Vortrag den Veranlagungsstand der kommunalen Steuern und den Stand der Liquiditätskredite vor. Er berichtete auch über den Finanzausgleich, hier fallen die Schlüsselzuweisungen für Kreisaufgaben laut Bescheid knapp 2,1 Mio. € geringer aus, als ursprünglich geplant. Außerdem muss die Stadt 0,5 Mio. € mehr Krankenhausumlage zahlen, dies ist eine investive Auszahlung.

Danach ging **Herr Hülsemann** auf die Genehmigungsverfügung zum Doppelhaushalt 2025/ 2026 ein und erläuterte den Inhalt.

Abschließend zeigte er einen Ausblick auf die Themen des Fachbereiches Finanzen für die nächsten Sitzungen.

Herr Block fragte, was aufgrund der fehlenden dauernden Leistungsfähigkeit auf die Stadt zukommen wird und ob weiterhin die Planung von Doppelhaushalten möglich sein wird.

Herr Hülsemann und **Herr Bruns** entgegneten, dass man noch nicht vorhersagen könne, wie sich die Kommunalaufsicht zukünftig positionieren wird. Allerdings sei es weiterhin wichtig an der Konsolidierung zu arbeiten und die finanzielle Situation nicht eigenverantwortlich weiter zu verschlechtern. Die Planung von Doppelhaushalten wird weiterhin möglich sein.

Herr Fischer erkundigte sich, ob die Verwaltung der Meinung sei, dass das Konnexitätsprinzip verletzt sei. Als Kommune sollte man sich überlegen, ob eine Klage vorgenommen wird. Es sollte getrennt werden zwischen dem, was wir als Stadt zu verantworten haben und den Auswirkungen aus dem Verantwortungsbereich des Landes und Bundes.

Herr Tönjes stimmte Herrn Fischer zu. Er fragte wie es mit der Haushaltsstrukturkommission weitergehe.

Herr Bruns berichtete, dass interne Arbeiten stattfinden und der Ausschuss als Kommission angesehen werde. Die Verwaltung wird zunächst mit kurzen Darstellungen der ersten Fachbereiche auf die Ausschussmitglieder zukommen, nach und nach folgen dann die anderen Fachbereiche.

Herr Schön wollte wissen, ob die Kosten für die Aufgaben von Land und Bund zu 100% ersetzt werden. Außerdem verwies er auf das Schreiben von der niedersächsischen Innenministerin Frau Behrens bezüglich der lockereren Prüfung der kommunalen Haushaltspläne.

Herr Bruns antwortete, dass die Aufgaben zu vielfältig seien um eine konkrete Prozentzahl zu nennen, da teilweise auch Pauschalzahlungen oder indirekte Zahlungen erfolgen. Es sei jedoch sicher, dass es eine Unterfinanzierung gebe. Dies sei allen bekannt, zum Beispiel werde dies auch regelmäßig von den kommunalen Spitzenverbänden thematisiert.

Herr Bruns und **Herr Hülsemann** machten deutlich, dass das Schreiben der Innenministerin für die Haushaltsgenehmigung förderlich gewesen sei, jedoch nicht die grundsätzlichen Probleme beseitige. Das hohe Defizit bleibt bestehen und belastet alle zukünftigen Jahre im erheblichen Maße. Es seien dringend strukturelle Verbesserungen notwendig.

Herr Block und **Frau Zaage** stimmten den Aussagen zu, hoben dabei hervor, dass Kommunen nicht alle Leistungen streichen und die Verbesserungen nicht aus alleiniger Kraft erreichen können. Man hoffe auf eine Änderung der Finanzierung der Kommunen.

Frau Zaage informierte aus dem Städtetag, bei dem noch einmal deutlich wurde, dass alle Kommunen finanzielle Probleme haben. Zukünftig sollen neue Aufgaben mit Finanzierung hinterlegt sein und auch ein Sondervermögen sei geplant. Die Verteilung der Mittel wird vom Städtetag kritisiert. Vieles sei aktuell im Umschwung. Es wurde auch erkannt, dass die Förderprogramme zu kompliziert und bürokratisch seien.

Die Probleme mit den Förderprogrammen wurden auch von **Herrn Bruns** unterstrichen. Die Programme werden oft unterjährig gestartet, so dass eine Haushaltsplanung fehlt. Außerdem sind die Förderzwecke teilweise an dem Bedarf der Kommunen vorbei. Wichtig und hilfreich wären Pauschalförderungen von Land oder Bund.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:45 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin